

Studierendenvertretung, Uni Würzburg, Am Hubland, 97074 Würzburg

An den Bayerischen Landtag,

wir, der Fachschaftenrat der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, haben uns in unserer Sitzung am 02.12.2009 mit den Forderungen der BesetzerInnen des Audimax der Universität Würzburg auseinandergesetzt. Wir als gewählte Vertreter aller Studierenden haben uns einstimmig entschlossen folgenden Forderungen besonderen Nachdruck zu verleihen:

- Die Studienbedingungen, welche sich durch den Bolognaprozess ergeben haben, müssen zugunsten eines selbstbestimmten Studiums mit Möglichkeiten zur eigenen Schwerpunktsetzung optimiert werden. Das Mitbestimmungsrecht der Studierenden bei diesem Prozess muss gewährleistet sein.
- Unnötiger Leistungsdruck durch generelle und alles umfassende Benotung muss vermieden werden.
- Wir fordern die Abschaffung von generellen Anwesenheitspflichten, um Studierenden eine individuelle Gestaltung des Studiums zu ermöglichen. Wenn die Universität es den Studierenden nicht gewährleistet, die Regelstudienzeit des Studiums unter Berücksichtigung von individuellen Schwerpunktsetzungen einzuhalten, muss den Studierenden ohne bürokratische Hürden zeitnah eine Bescheinigung hierfür ausgestellt werden.
- Ein Teilzeit- sowie Doppelstudium muss sich den Studierenden als realistische Optionen darstellen.
- Der Hochschulrat, in dem 8 von 17 stimmberechtigte Mitglieder nicht Angehörige der Universität sind, muss durch ein Universitätsparlament ersetzt werden, in dem die vier Gruppen von Hochschulangehörigen jeweils 25% der Stimmen erhalten (Viertelparität).
- Im Senat behalten die ProfessorInnen die absolute Mehrheit. Der Senat soll ausschließlich in Fragen mit wesentlicher Bedeutung für Forschung und Lehre entscheiden. Für alle anderen Entscheidungen ist das Universitätsparlament zuständig. Die Studierenden erhalten 25% der Stimmen im Senat.
- Wir fordern die Abschaffung der Studienbeiträge in Bayern. Studienbeiträge sind nachweislich sozial selektiv. Bis zur Abschaffung der Studienbeiträge dürfen aus studentischen oder universitären Mitteln keinerlei Gelder verwendet werden, um die Bildungskredite an der KfW Bank abzusichern. Der gegenwärtige Standard der Studienbedingungen muss dabei durch staatliche Refinanzierung als Mindeststandard erhalten bleiben.
- Wir fordern die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Lehre an der Universität Würzburg. Die DozentInnen und insbesondere Lehrbeauftragte müssen deshalb adäquat entlohnt werden. Geld für weitere Räume, Lehr- und Lernmaterialien muss umgehend und unabhängig von Studienbeiträgen zur Verfügung gestellt werden.
- Zeit für freie Forschung und gute Lehre stellen das Fundament universitärer Bildung dar. Wir fordern daher, dass ein ausgewogenes Verhältnis von Lehre und

Forschung sowohl im Mittel- als auch im Oberbau an allen Fakultäten der Hochschulen gewährleistet wird. Dazu muss das Staatsministerium diese mit ausreichend Mitteln und Stellen ausstatten. Die Entscheidung über die Verteilung des Lehrdeputats muss weiterhin in der Autonomie der Fakultäten liegen.

- Wir erwarten eine enge Zusammenarbeit zwischen den Hochschulleitungen und der Landesregierung um diese Forderungen zu erfüllen. Dabei muss die Mitarbeit und Mitsprache von studentischen VertreterInnen in einem transparenten Verfahren sichergestellt werden.
- Wir fordern eine Änderung der Richtlinien und Institutionen zur Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Die Reakkreditierung, die wir im Grunde als sinnvoll betrachten, muss von der Universität oder einer staatlichen Organisation auf Kosten des Staates oder der Universität selbst durchgeführt werden. Die Leistungen privater Unternehmen dürfen hier nicht in Anspruch genommen werden und die Finanzen der Fakultäten nicht unnötig zu belasten.

Hochachtungsvoll,

Marc Völker,
Vorsitzender des Fachschaftenrats